

# RÄNKESCHMIEDE

Texte zur  
internationalen ArbeiterInnenbewegung

---

## »Die Ontario Days of Action«

Mythos oder Grundstein  
einer neuen politischen Strategie für die  
ArbeiterInnenbewegung?

Marsha Niemeijer

---

**No. 11**

Juni 2000  
3. Jahrgang  
Offenbach

**Marsha Niemeijer** ist Doktorantin am Department of Political Science der York-University Toronto, Canada.

**Herausgeber:**

tie – Internationales Bildungswerk e.V.

Heidestraße 131

60385 Frankfurt

Telefon (069) 97 76 06 66

Fax (069) 97 76 06 69

E-Mail [info@tie-germany.org](mailto:info@tie-germany.org)

Internet [www.tie-germany.org](http://www.tie-germany.org)

2. Auflage, Juni 2007

RÄNKESCHMIEDE erscheint in unregelmäßiger Folge

## Inhalt

### **Die Ontario Days of Action**

Mythos oder Grundstein einer neuen  
politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?

*Marsha Niemeijer*

5

### **The Ontario Days of Action**

The beginning of a redefinition  
of the labour movements' political strategy?

*Marsha Niemeijer*

14



# Die Ontario Days of Action

## Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?

Marsha Niemeijer

*Gewerkschaft als Bewegung – Gewerkschaft in Bewegung: Der Übergang vom organisatorischen Wunschmodell zur Realität lässt sich nicht dekretieren, auch wenn sich solche Erwartungen – die Rezeption der Battle of Seattle füllt diesbezüglich Bände – immer wieder an Ereignisse vom Rang gesellschaftlicher Großkampftage knüpfen. Und als solche stellen sich zweifellos auch die für die Emanzipationsansätze der kanadischen ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung zentralen Ontario Days of Action dar. Das Ereignis in der jüngeren Geschichte der außerparlamentarischen Opposition Kanadas, das die Loslösung der ArbeiterInnenbewegung von der Hoffnung auf parlamentarische Interessenvertretung durch 'ihre' Partei und den Übergang von Gewerkschaftspolitik zu „sozialer Bewegung“ markiert, hat seine eigene Mythologisierung erfahren. Eine kritische Rekonstruktion wagte Marsha Niemeijer im Rahmen der Plenumsdiskussion „Gewerkschaften als soziale Bewegung?“ auf der vierten internationalen TIE/express-Konferenz in Köln. Wir dokumentieren ihren überarbeiteten Vortrag leicht gekürzt.*

Die Days of Action in Ontario markieren den ersten signifikanten Bruch der ArbeiterInnenbewegung mit der parlamentarischen Politik: Als in der Provinz Ontario 1995 eine ultrakonservative Regierung gewählt worden war, hatten sich Gewerkschaften und soziale Bewegungen zur Gegenwehr entschlossen – und zwar, angesichts der anhaltenden Krise der sozialdemokratischen

Parteien, zu einer außerparlamentarischen. Im Zeitraum von 1995 bis 1997 kam es im Rahmen der Days of Action zu einer Serie von illegalen politischen Streiks, welche die Grundlage für eine riesige Zahl von Betriebsschließungen und öffentlichen Demonstrationen bildeten, die – so Kim Moody in seinem Buch *Workers in a Lean World* – als exemplarisch für das Phänomen gelten können, dass die Gewerkschaften in den neunziger Jahren in zunehmendem Maße die politische Rolle der versagenden linken Parteien übernahmen. Moody betrachtet die gewerkschaftlichen Mobilisierungen und Proteste der neunziger Jahre auf der ganzen Welt als Kompensationen für „ein Vakuum, das der Rückzug der traditionellen linken bzw. ArbeiterInnenparteien hinterlassen hat“ (Moody 1997, S. 21).

Die Regierung unter Mike Harris und seiner „Progressive Conservative Party“, der die Gegenwehr galt, reagierte allerdings mit der Sensibilität eines Bulldozers auf die Proteste und setzte die drastische neoliberale Restrukturierung unvermindert fort. Betriebliche Sozialleistungen wurden reduziert, Arbeitsschutzgesetze beschränkt, öffentliche Leistungen beschnitten. Damit nicht genug: Nach vier Jahren aggressiver Politik wurde Harris im letzten Sommer wiedergewählt. Die anfängliche Enttäuschung der Linken über den mangelnden Erfolg der Days of Action schlug in Pessimismus und Resignation um. Diese Befindlichkeit hält bis zur Stunde an. Doch sollten die außerparlamentarischen politischen Aktionen der ArbeiterInnenbewegung nicht nur am Scheitern der Days of Action gemessen werden: Immerhin hatten sich viele vorbehaltlos hinter ein politisches Projekt

gestellt, das politische Handeln jenseits der Wahlhilfe für sozialdemokratische Parteien auf seine Fahnen geschrieben hatte; und es war ferner gelungen, die LehrerInnen aus ihrer traditionellen Isolation herauszuholen und in die ArbeiterInnenbewegung von Ontario mit einzubeziehen, die Rolle der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu stärken sowie zum ersten Mal eine echte Kooperation mit den sozialen Bewegungen zu realisieren. Dieses sind zweifellos wichtige Merkmale einer auf radikale Veränderung drängenden ArbeiterInnenbewegung. Doch darf dies nicht davon ablenken, dass der Bewegung als Ganzer ein mühsamer Weg bevorsteht. Es gibt innerhalb der ArbeiterInnenbewegung keinen ausreichenden Konsens über die politischen Ziele. Die realen institutionellen Grenzen, die das Verhältnis zwischen Mitgliedern der Gewerkschaften und ihren Führern strukturieren, begrenzen zugleich die möglichen Auswirkungen der Bewegung. Schließlich bedurften einige Annahmen bezüglich der politischen Bewusstseinslage der Bevölkerung Ontarios – sowohl jener der Arbeiterklasse als auch anderer Klassen – der Korrektur.

Doch nun zur Vorgeschichte der Days of Action, deren 'Funke' weiter zurückliegt als der Wahlsieg der „Progressive Conservatives“: 1990 kam mit der Ontario National Democratic Party (ONDP) unter Bob Rae zum ersten Mal eine sozialdemokratische Partei in Ontario an die Macht – und die ArbeiterInnenbewegung erlebte ein Desaster. Das hatte eine erfreuliche Auswirkung darin, dass in der ArbeiterInnenbewegung nun mit neuer Dringlichkeit darüber nachgedacht wurde, ob es sinnvoll sei, sich auf ein Verständnis von Politik zu beschränken, das lediglich die Unterstützung der Sozialdemokratie im Parlament vorsah. Ohne diese grundsätzliche Strategiedebatte hätte es die Days of Action nie gegeben. Leider hatte diese aber auch eine tiefe Spaltung der ArbeiterInnenbewegung zur Folge, die den Erfolg der Days of Action begrenzte.

Für die Gewerkschaften und etliche soziale Bewegungen war der Wahlsieg der ONDP ihr Sieg, weil sie sie mit viel Engagement unterstützt hatten, aber auch, weil noch nie vorher so viele AktivistInnen an der Regierung beteiligt gewesen waren: ein Höhepunkt parlamentarischer Politik. Rae sah sich einer ernsten ökonomischen Rezession gegenüber, der er zunächst mit einer moderaten keynesianischen Nachfragepolitik zu begegnen versuchte. Doch als die Krise anhielt, beschloss er, den Forderungen des Kapitals nach zu kommen. In einer massiven Übertreibung des Ausmaßes des Haushaltsdefizits forderte er 1993 drastische Konsolidierungsmaßnahmen. Diese beinhalteten eine Reihe von Steuererhöhungen – wobei Unternehmens- und Vermögenssteuern nicht angetastet wurden; außerdem einen „Ausgabenkontrollplan“, der Kürzungen sowie den Abbau von 11.000 Jobs im öffentlichen Dienst mit sich brachte; und schließlich eine weitere Ausgabeneinsparung durch einen sogenannten „Sozialvertrag“, der für die nächsten drei Jahre Nullrunden vorsah und den Arbeitgebern darüber hinaus Schlupflöcher in bestehenden Vereinbarungen öffnete, so etwa mit der Möglichkeit, den ArbeitnehmerInnen bei Bedarf bis zu zwölf Tage unbezahlten Urlaub auf zu zwingen.

Die Wirkung des „Sozialvertrags“ war verheerend. Die Gewerkschaften sahen sich gezwungen die Beziehung zur sozialdemokratischen Partei, die sie bis dato als Rückgrat ihres Politikverständnisses und ihrer politischen Praxis verstanden hatten, grundlegend zu hinterfragen. Rae habe den ArbeiterInnen gezeigt, so Sam Gindin vom CAW-Vorstand, wozu sie nicht in der Lage seien. Rae hielt sie schlicht und einfach dazu an, einen „realistischen Blick“ zu entwickeln. Nicht unbedingt überraschend hielt die Krise bis zum Ende der Legislaturperiode an.

Doch wie sollten die Gewerkschaften bzw. die ArbeiterInnen eine Regierung kritisieren, die zum Teil aus ihren eigenen Leuten bestand? Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes waren zwar stinksauer und stellten sich massiv ge-

gen den „Sozialvertrag“. Schließlich und endlich passten sie sich aber an und konzentrierten sich darauf, den Schaden durch sektorale und lokale Vereinbarungen mit den Arbeitgebern zu begrenzen. Auch in der CAW war die Empörung zu diesem Zeitpunkt groß, und der Bundesvorsitzende Buzz Hargrove kündigte seine Mitarbeit in diversen Regierungsgremien auf. Dennoch legte die CAW bei der finanziellen Unterstützung der Bundes-NDP noch nach; es stand die nächste Bundeswahl an.

Bei den meisten Gewerkschaften des privaten Sektors dagegen stieß die Aufregung um den „Sozialvertrag“ auf wenig Verständnis: Sie hielten sie einfach für übertrieben, so bspw. die United Steelworkers of America, die United Food and Commercial Workers, die Power Workers sowie die Amalgamated Transit Union. Ihrer Ansicht nach war nun, da ihre Mitglieder in den letzten Jahren die Last der ökonomischen Rezession hatten tragen müssen, der öffentliche Dienst an der Reihe, seine Opfer zu bringen; eine Einschätzung, die erschreckend deutlich macht, wie sehr sie die Logik des Kapitals schon verinnerlicht hatten. Die daraus folgenden Positionen waren bereits dieselben, die bis heute die Spaltung der Bewegung kennzeichnen.

Diese Spaltung nahm auf der Jahresversammlung der Ontario Federation of Labour (OFL) im November 1993, unmittelbar nach dem Inkrafttreten des „Sozialvertrags“, eine klare institutionelle Form an. Die Diskussion, ob die OFL die ONDP weiter unterstützen solle oder nicht, endete mit einem Eklat. Nachdem es eine knappe Entscheidung für das Kappen aller offizieller Beziehungen zur ONDP gegeben hatte, verließen alle größeren Gewerkschaften des privaten Sektors – außer der CAW – demonstrativ die Versammlung und veröffentlichten eine Erklärung, in der sie der ONDP ihre volle Unterstützung zusicherten. Da offensichtlich in der Eile gerade nur pinkfarbened Papier zur Hand war, um die Verlautbarung zu drucken, werden die betreffenden Gewerkschaften seitdem auch als Pink Paper Unions bezeichnet.

Der darauffolgende Wahlerfolg der ‘Progressiven Konservativen’ unter Mike Harris im Sommer 1995 verdankt sich sicherlich zum Teil der Tatsache, dass die gespaltene ArbeiterInnenbewegung unfähig war, die Regierung zu unterstützen. Eine prominente Rolle dürfte dabei aber auch Harris’ Versprechen gespielt haben, man werde nun zur ‘guten alten Zeit’ der 45-jährigen Regentschaft der Konservativen in Ontario zurückkehren. Harris spielte mit der Verunsicherung der Menschen angesichts der ökonomischen Rezession. Im Fahrwasser der liberalen Bundesregierung schlug er eine auf „gesundem Menschenverstand“ basierende „Revolution stuktureller Anpassungen“ der Wirtschaft von Ontario vor, um letztere wieder aufs „richtige Gleis“ zu setzen. Die Regierung machte sich so schnell, aggressiv und unverhüllt arrogant daran, ihre Mischung einer aus ultra-konservativen und neoliberalen Elementen bestehenden Politik umzusetzen, dass die Linke zunächst in einen Schockzustand verfiel. Nach wenigen Monaten kündigte Harris’ Regierung, nachdem sie den Einschnitten der Bundesregierung ins System der Transferleistungen der Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales Vorbildcharakter attestiert hatte, eigene Einsparungen von 2 Mrd. Dollar an, was bspw. eine Kürzung der Sozialhilfe um 22 Prozent bedeutete. Außerdem nahm Harris Raes Reform der Arbeitsgesetzgebung zurück, indem er z.B. den Arbeitgebern wieder erlaubte, während eines Streiks Ersatzleute – Streikbrecher – einzustellen.

Gewerkschaften und soziale Bewegungen wurden umgehend aktiv. Vor dem Hintergrund eines breiten Interessenspektrums organisierten sie Proteste und führten lebhaftige Kampagnen durch, die z.T. neuartige Koalitionen begründeten, so z.B. diejenige von Eltern und Kita-ErzieherInnen, die im November 1995 über 1.000 Kitas ‘dichtmachten’, um gegen die drohende Streichung des Kinderbetreuungsgeldes für Familien mit geringen Einkommen zu protestieren. Man muss sich hierbei vergegenwärtigen, dass politischer Protest bis dato nahezu ausschließlich mit anstehenden Wahlen verbunden

und auf diese beschränkt war. Der letzte große „politische Streik“ hatte 1876 stattgefunden – gegen staatliche Lohnstopps. Diese erste Serie außerparlamentarischer politischer Aktivitäten bedeutete also gewissermaßen einen Neuanfang. Im Herbst 1995 waren die Vorbereitungen für die Days of Action in vollem Gange. Folgende Zahlen können vielleicht helfen, sich deren Stoßkraft vor Augen zu führen: Am 11. Dezember 1995 war die Stadt London praktisch ‘dicht’ und, trotz Eiseskälte, demonstrierten 15.000 Leute. Im Februar 1996 folgte Hamilton mit 120.000 DemonstrantInnen. Rund 30.000 Menschen nahmen an einem Protesttag für die drei nebeneinanderliegenden Städte Cambridge, Kitchener und Waterloo teil. Im Juni 1996 gingen in der kleineren Stadt Peterborough ca. 10.000 Leute auf die Straße – eine Premiere für die Kommune.

Zu diesem Zeitpunkt eskalierten die Days of Action. Im Oktober 1996 mobilisierte der Aktionstag in Toronto mindestens 250.000 Menschen und war wahrscheinlich die größte Demonstration in der Geschichte Kanadas. 1997 gingen die Days of Action zwar weiter, hatten aber deutlich an Schwung eingebüßt. Auf einem OFL-Treffen war noch eine Resolution für einen Day of Action für die ganze Provinz verabschiedet worden, aber dazu kam es nicht mehr.

Um einen Eindruck von den Days of Action zu vermitteln, gilt es anzumerken, dass jeder von ihnen mit reichlich Vorlauf von einem Koordinationskomitee organisiert wurde, an dem jeweils AktivistInnen aus der ArbeiterInnenbewegung und aus den sozialen Bewegungen beteiligt waren. Die Proteste fanden an einem Werktag und einem Wochenendtag statt: Ersterer stand im Zeichen von Arbeitsniederlegungen und Betriebsschließungen, und letzterer war dafür gedacht, der breiten Bevölkerung die Gelegenheit zu geben, massiv gegen die Harris-Regierung zu demonstrieren. Die Streiks waren eindrucksvoll und berührten oft zentrale öffentliche Dienste. Beträchtliche Risiken waren mit ihnen verbunden: Jeglicher Streik in Ontario ist

illegal, wenn zur fraglichen Zeit ein Tarifvertrag in Kraft ist. Deshalb mussten die ArbeiterInnen nicht nur individuelle Entscheidungen treffen, ob sie Sanktionen für illegales Streiken sowie den Verlust eines Tageslohns in Kauf nehmen wollten, sondern es kam auch zu intensiven politischen Debatten in den Betrieben, da die Situation die Absicherung durch eine kollektive Entscheidung erforderte. Die sozialen Bewegungen spielten ebenfalls eine zentrale Rolle: Sie riefen ihre Mitglieder und SympathisantInnen dazu auf, die Streikposten der Betriebe tatkräftig zu unterstützen. Allein in Toronto wurden 300 Betriebe geschlossen, vom öffentlichen Transportsystem über Dienstleistungsunternehmen am internationalen Flughafen bis zu Regierungsbüros. Überall war es in erheblichem Maße den sozialen Bewegungen zu verdanken, dass die Schließungen gelangen. Die Solidarität, die Diversität und die Stärke der Streikposten war beeindruckend.

Doch obwohl die Days of Action bei den Beteiligten die beschriebene Euphorie und einen Eindruck der eigenen Stärke erzeugten, waren sie letztlich nicht Ausdruck der Stärke, sondern der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung. Deren Kern waren Differenzen in der Frage, was den Gehalt und die Ziele politischer Aktionen ausmachen (sollten), die schließlich zur Spaltung führten. Schon um die für die Durchführung der Days of Action notwendige Handlungsfähigkeit aufzubringen, war es erforderlich, trotz der und über die Uneinigkeit zwischen den beteiligten Gewerkschaften (hinsichtlich der Ziele und Inhalte politischer Aktion) hinweg, Vereinbarungen zu treffen. Und schon während der Vorbereitungsphase der Days of Action im Herbst 1995 wurde deutlich, dass die Pink Paper Unions die damals noch so genannte Fightback-Kampagne nicht aus voller Überzeugung unterstützen würde. Die OFL beschloss auf ihrer Jahresversammlung, Massenproteste gegen die Regierung Harris zu organisieren, und zwar nicht in Zusammenarbeit mit der ONDP. Um aber die Pink Paper Unions für die „Bauchschmerzen“ zu entschädigen, die ihnen dieser Beschluss be-



reiten musste, zog die OFL die Resolution zurück, mit der sie 1993 der ONDP die Unterstützung aufgekündigt hatte. Außerdem sollte die OFL die Proteste zwar organisatorisch und finanziell unterstützen, jedoch unter Verzicht auf einen Beitrag der Pink Paper Unions. Außerdem wurde vereinbart die Zurückhaltung letzterer nicht zum Gegenstand öffentlicher politischer Auseinandersetzung zu machen.

Man könnte an dieser Stelle die Behauptung aufstellen, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors und die CAW sich in extremer Weise einer spezifischen politischen Sichtweise verschrieben hatten, nach der die Days of Action unzweifelhaft zu einer Politisierung der Mitglieder der Pink Paper Union führen und allein der Schwung der Bewegung für eine Konfrontation zwischen Mitgliedern und Führung hinreichend sein würde. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt.

Die Allianz von CAW und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes war mit der Organisation der Massenmobilisierungen also praktisch auf sich gestellt. Deshalb wurde auf eine Mobilisierung von ganz Ontario zugunsten der „Städte-tournee“ der Days of Action, die einen gezielteren Einsatz von finanziellen und organisatorischen Ressourcen gestattete, verzichtet, obwohl damit die Möglichkeit ausgeschlossen war, provinzwweit politisches Bewusstsein zu mobilisieren. Auch wenn ein harter Kern von AktivistInnen während der Days of Action stets in die jeweiligen Städte reiste, so waren die meisten an den Streiks und Demonstrationen doch nur für ein oder zwei Tage beteiligt, bevor der Tourneewagen dann weiterzog. Eine neue außerparlamentarische Politisierung konnte so nur begrenzt realisiert werden. Auf enge Grenzen stieß man dann schließlich, als die OFL nach dem ersten Aktionstag beschloss, ihre finanzielle Unterstützung für die Fightback-Kampagne nicht nur zu kürzen, sondern die Hälfte der verbleibenden Mittel nicht mehr zur Finanzierung der Proteste zu verwenden, sondern auf einen Posten namens „Politische Bildung“ zu ver-

schieben. Keine Frage, dass die Pink Paper Unions dahinter steckten, und keine Frage, dass „Politische Bildung“ eigentlich Erziehung zum ONDP-Wählen bedeutete. Damit war man wieder bei der Auffassung gelandet, der Kampf gegen Harris sei an der Wahlurne zu entscheiden.

Die Pink Paper Unions sahen in den Aktionstagen überwiegend Nachteile für ihre Mitglieder: so vor allem das Risiko, aufgrund illegaler Streiks einen Tageslohn zu verlieren; in manchen Fällen handelten sie daher für ihre Mitglieder einen freien Tag aus, so dass diese am Aktionstag teilnehmen konnten, ohne offiziell zu streiken. Die Chance, im Betrieb politische Fragen im Zusammenhang mit der Harris-Regierung zu diskutieren, stellte für sie kein positives Gegengewicht zu diesen Risiken dar. Außerdem hatten sie Angst vor negativen Schlagzeilen: Der breiten Öffentlichkeit könnten die Schließungen einfach lästig sein. Sie glaubten auch nicht, dass ein solcher Effekt durch die Zusammenarbeit mit kommunalen Organisationen vermieden werden könnte. Und eine von oben durch die OFL gesteuerte Aktion gegen die Harris-Regierung sei sicherlich effektiver, zumal wenn sie mit einem Bekenntnis zur ONDP verbunden werde. Dass die ONDP für die Linke problematisch geworden war, fiel dabei unter den Tisch. Die Pink Paper Unions hatten sich als Wahlhelfer für die Sozialdemokratie betätigt, und sie waren „stinksauer“ über das konsequent gehandhabte Rede- und Versammlungsverbot für ONDP-Politiker während der Aktionstage. Ihre Kritik der parteiunabhängigen Ausrichtung der Aktionstage wurde immer mehr zum Problem. Dieser Frust hinderte das aus der CAW, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und den sozialen Bewegungen bestehende Bündnis daran, die Days of Action zuzuspitzen und eine langfristige Strategie bzw. ein weiter gestecktes Ziel zu präsentieren. Die andauernde Uneinigkeit machte die ArbeiterInnenbewegung noch schwächer, als sie sowieso schon war (und spielte der Harris-Regierung damit den Ball zu). Das Ende vom Lied war, dass die Days of Action nur noch als eine Reihe willkürlicher, unko-

ordinierter Proteste erschienen. Es war nicht gelungen, einen Raum zu schaffen, in dem unterschiedliche, gleichzeitig stattfindende Ereignisse – wie z.B. der Streik von 67.000 Regierungsangestellten in Ontario – in einen echten Kampf, in eine effektive außerparlamentarische Kraft gegen die neoliberale Regierung hätten transformiert werden können. Schließlich gaben die Pink Paper Unions im Dezember 1996 anlässlich eines OFL-Treffens eine Pressekonferenz, in der sie sich gegen eine Fortführung der Days of Action aussprachen. Spätestens hier wurde deutlich, dass schon die anfänglichen Kompromisse, die nur scheinbar den Mangel an Einigkeit der ArbeiterInnenbewegung überdecken konnte, ursächlich dafür waren, dass den Days of Action schließlich kein Erfolg beschieden war: Harris wurde nicht nur nicht zur Aufgabe gezwungen, sondern er gewann auch die folgende Wahl, was dazu geführt hat, dass weite Teile der Linken in Apathie verfallen sind.

Um die Ursachen dieser Spaltung in der ArbeiterInnenbewegung, die schließlich zum Scheitern der Ontario Days führte, zu verstehen, muss man die historischen Differenzen in der Gewerkschaftskultur berücksichtigen, die z.B. für eine unüberwindbare Trennlinie zwischen der CAW und den USWA sorgen. Deren Verhältnis zu politischen Parteien ist historisch ebenso radikal verschieden wie ihre Vorstellungen zur Notwendigkeit einer Verbreiterung ihrer Mitgliederbasis. Die Steelworkers, bekannt als Gewerkschaft für „Jedermann“, expandieren beispielsweise über neue Organisationsbereiche und sind insofern abhängig von einer anpassungsfähigen Arbeitsgesetzgebung, die die Sozialdemokraten in ihrer Regierungszeit tatsächlich reformiert hatten. Die CAW dagegen ist in der Vergangenheit hauptsächlich durch Zusammenschlüsse gewachsen, die vor allem eine aktive Auseinandersetzung mit Fragen der Organisationskultur und der politischen Kultur einer Gewerkschaft erfordern.

Andererseits kann man jedoch nicht allein die unflexiblen und autoritären Funktionäre der

Pink Paper Unions für alles verantwortlich machen. Dies würde nur zu der oberflächlichen Analyse führen, dass die Pink Paper-Funktionäre ihre Mitglieder ‘gebremst’ hätten. Für eine angemessene Analyse ist vielmehr ein Aspekt wichtig, der sich an den Ontario Days in entscheidender Weise verdeutlichen lässt: Jede Gewerkschaft, sei es des privaten oder öffentlichen Sektors, hat mit ihren eigenen Organisationsstrukturen zu kämpfen. Jede Gewerkschaft muss sich kritisch mit den institutionellen Beziehungen, die sie im Laufe ihrer Geschichte zwischen ‘einfachen Mitgliedern’ und ‘Führungen’ herausgebildet hat, auseinandersetzen. So änderte sich auch während der Ontario Days bspw. nichts an dem traditionellen Muster gewerkschaftlicher Organisation, nach dem die Mitglieder als passiv gelten; und insofern wäre es nicht übertrieben zu behaupten, dass die Aktionen während der Ontario Days von ‘professionellen’ AktivistInnen ‘durchgeführt’ wurden, die vielfach zugleich zu den Funktionärskadern angehörten. Hier muss eine neue politische und organisatorische Kultur entwickelt werden, die ArbeiterInnenbewegung braucht einen substanziellen Perspektivenwechsel, um aus dem herauszutreten, was man gemeinhin mit dem Bürokratisierungsproblem der Gewerkschaften umschreibt. Verbunden damit ist ein dritter Punkt von fundamentaler Bedeutung: die politischen Kapazitäten der Gewerkschaftsmitglieder bzw. der BürgerInnen überhaupt. Selbstverständlich fällt es nicht nur den USWA-Mitgliedern schwer, sich mit den Widersprüchen ihres eigenen politischen Bewusstseins auseinanderzusetzen, sondern auch den Mitgliedern der CAW. Es ist kein Geheimnis, dass der Regierung Harris auch von Seiten der CAW-Mitglieder beträchtliche Unterstützung zuteil wurde – und deren prominentester Grund war Harris’ Versprechen, die Steuern zu senken. Jenseits dieser eklatanten Widersprüche ist schließlich noch darauf hinzuweisen, dass Harris die Wahl mit der Zustimmung von nur 30 Prozent der stimmberechtigten WählerInnen gewann. Politik scheint kein Thema mehr, und ohne Zweifel hat dies mit dem sich verbreitenden

Gefühl zu tun, dass Regierungswechsel keinen Unterschied mehr machen für die Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse. Wie soll die ArbeiterInnenbewegung mit so etwas umgehen?

Die Days of Action hatten zwangsläufig auch einige positive Folgen, etwa was die Radikalisierung bis dato unorganisierter Teile der ArbeiterInnenklasse angeht, bspw. der LehrerInnen in Ontario, die mit der beachtlichen Mobilisierung gegen Mittelkürzungen im Bildungswesen stark genug wurden, um im September 1997 den größten illegalen LehrerInnenstreik in Szene zu setzen, den es in Nordamerika jemals gegeben hatte. Die Days of Action ermöglichten außerdem die Politisierung von Teilen der Bevölkerung und der ArbeiterInnen, die sich bislang wenig für diese Fragen interessiert hatten. Einige der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors, die zwar auch schon gegen den „Sozialvertrag“ protestiert hatten, wurden nun ungleich militanter. Die breite Zusammenarbeit während der Aktionstage begründete schließlich eine starke, solidarische Beziehung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Insofern basiert Veränderung eben doch auf Kämpfen, und an den Kämpfen ist festzuhalten. Sie dürfen nicht aufgegeben werden, sie dienen immer noch als veritable Schulen politischer Bildung.

Vor dem Hintergrund der Krise von Sozialdemokratie und parlamentarischer Politik und in Zeiten, in denen keine politische Partei mehr existiert, die der Klasse helfen könnte, aus sich eine politische Bewegung und Kraft zu machen, müssen sich Gewerkschaften darum kümmern, herauszufinden, wo ihre Mitglieder politisch stehen und wohin sie sich aufmachen (können). Aktuell schlägt die CAW eine intensive, auf zwei Jahre angelegte Untersuchung vor, eine politische Task Force for Working Class Politics in the 21st Century (siehe den Beitrag von Judy Rebick in *express* 2/2000), die sich mit ihren Mitgliedern in einer bisher ungekannten Weise auseinandersetzen wird. An diese Untersuchung knüpft sich die Hoffnung auf Erkenntnisse darüber, wie die politischen Kapazitäten der Mitglieder gefördert

werden können; hier soll vor allem die politische Debatte als zentrales Element des Verhältnisses zwischen der Gewerkschaft und ihren Mitgliedern aufgewertet werden. Im Kern geht es um die Neubestimmung der Politik der ArbeiterInnenklasse, verstanden als Aufgabe, eine Bewegung für radikale gesellschaftliche Veränderung zu entwickeln. Die Hoffnung ruht dabei auf einem langfristigen Diskussionsprozess, in dem es zu einer Präzisierung und Klärung der Vorstellungen von sozialer Veränderung und Klassenpolitik kommt, mit denen auch die Gewerkschaften 'in Bewegung gehalten' und diesen zugleich konkrete Ideen mitgegeben werden können.

Leider scheint der größte Teil der ArbeiterInnenbewegung beschlossen zu haben, die Krise zu ignorieren. Und es scheint so, als ob der Mangel an Antworten auf die Krise der Sozialdemokratie dazu führt, die Krise als solche gar nicht mehr benennen zu wollen. Wie dieses Problem so angegangen werden kann, dass die ArbeiterInnenbewegung tatsächlich anfängt, eine Bewegung für radikale Veränderung zu werden – das ist eine echte Herausforderung.

*Übersetzung: Anne Scheidhauer*

*Eine Bibliographie mit Hintergrundliteratur steht am Ende des folgenden englischsprachigen Originals.*

# The Ontario Days of Action

## The beginning of a redefinition of the labour movements' political strategy?

Marsha Niemeijer, Ph.D. Political Science, York University

*Presentation for 'Fourth International Working Conference of the Transnationals Information Exchange (TIE), March 16-19, 2000, Cologne: "The Building of a Labour Movement for Radical Change."*

The Days of Action in Ontario represent the first significant break of the labour movement with electoral politics. When an ultra-conservative government was elected in 1995, the trade unions and social movements decided to fight back. They decided that the fight back had to be extra-parliamentary, in view of the real crisis social democratic parties were, and are, undergoing. The result of what came to be known as the Days of Action was a series of incredibly huge city shut-downs based on illegal political strikes and public demonstrations over a period of two years, from 1995 to 1997. As Kim Moody points out in his book 'Workers in a Lean World', this political action is illustrative of the fact that unions increasingly became political surrogates for failed parties of the left in the 90s. Kim describes how the various union mobilisations and protests all over the world in the 1990s all served to fill 'a vacuum created by the retreat of the traditional working-class parties or parties of the left with which these labor movements had been associated.'<sup>1</sup>

However, the government they were fighting back, so to speak, led by Mike Harris and his 'Progressive Conservative' party, barely flin-

ched. It continued unabated with its drastic neoliberal restructuring. The social wage was lowered, worker protection legislation was limited, and public sector services cut back. Furthermore, after four years of aggressive policies, Harris was re-elected, last Summer. The initial disappointment at the lack of effectiveness of the Days of Action turned into pessimism and defeatism and it is this state of mind that characterises the left in Ontario at the moment.

So, what does this say about the labour movements' non-electoral political action? The defeat of the Days of Action cannot mask the fact that a significant part of the labour movement rallied behind a political project that sought to go outside of political action limited to supporting social democratic parties at the ballot boxes. Furthermore, the defeat should not mask some considerable gains – in particular it served to integrate teachers into the Ontario labour movement, a significant move from their traditional isolation; it also served to strengthen the role of the public sector unions; and for the first time it allowed for real cooperation with the social movements, strengthening social movement unionism. These are important features in the building of a labour movement for radical change. But, in the end, the labour movement as a whole floundered. There was not enough consensus on the goals of political action within the labour movement. And, related to this, real institutional limits structuring the relationship within unions, between members and their leaders, limited the potential effect of

---

1) Kim Moody, *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, New York: Verso, 1997, p. 21.

the movement. Finally, serious assumptions as to the potential political consciousness of Ontario's population, working class and other, were flawed.

The spark for the political mobilisation around the Days of Action needs to be sought further back. In 1990, for the first time in Ontario's history, a social democratic government was elected. This turned out to be a disastrous experience for the labour movement. Although it did create a sense of urgency in the labour movement that social democratic electoralism was to be fundamentally questioned, it also led to a decisive split within the labour movement, and it is this split that limited the Days of Action.

The election of the Ontario New Democratic Party, led by Bob Rae, was perceived by the labour movement and the various social movements as *their* victory. In part this was because they had worked so hard to get the ONDP elected, but it was also due to the fact that an unprecedented number of labour and social movement activists joined the government. In a sense this was electoral politics at its best. However, Rae was quickly confronted with a severe economic recession. In the first instance he attempted a moderate Keynesian economic growth policy, but when the economic crisis persisted he decided that it could only be resolved by conceding to capital's demands. Playing on popular fears concerning spiralling budget deficits he called for drastic austerity measures in 1993. The most notable features included an 'Expenditure Control Plan' that reduced public services and entailed the loss of 11,000 public sector jobs and a further expenditure reduction through a so-called 'Social Contract' with public sector workers. Bob Rae basically broke open their existing collective agreements and legislated a three-year wage freeze, as well as granting employers the right to demand of public sector workers that they take unpaid leave of up to twelve days.

The effect of the Social Contract was devastating. It confronted trade unions with the necessity of questioning their relationship with a social democratic party which had been the backbone of the labour movements' definition and practice of politics for so long. As Sam Gindin, the (retiring) assistant to the president of the Canadian Auto Workers, puts it, Rae blatantly showed workers what they could *not* do. Rae simply kept on telling the workers to 'get real'. However, this crisis, not surprisingly, remained unresolved for the rest of the duration of the Rae government. For how does a labour movement oppose a government that was partly made up of its own people? The public sector unions were outraged and loudly opposed the Social Contract. But, at the end of the day accommodation was their sole response and they focused on minimising the effects of the Social Contract legislation through sectoral and local agreements with employers. This public sector outrage was deemed unjustifiable by most of the private sector unions. They implied that since their members had borne the brunt of the economic recession in the past years it was now up to public sector workers to make some sacrifices. This shows to what degree they adhered to the logic of capital and were essentially supporting a scary downward harmonisation of working class capacity to resist. Needless to say, the positions taken within the labour movement during the Rae government are broadly the positions that define the split that the labour movement up to this day has had to deal with.

Immediately after the Social Contract the split was given a clear institutional form during the annual convention of the Ontario Federation of Labour. A debate on whether or not the OFL should continue its support of the ONDP developed into a big fight. A resolution was narrowly passed to break all official ties with the ONDP. The main private sector unions, excluding the CAW (again, broadly defined, as it would be too simplistic to reduce the split to a pure private sector/public sector union feud), walked out of the convention in anger and issu-

ed a statement in full support of the ONDP. This statement was printed on pink paper, apparently being the only paper they could find at the time, and the endorsing unions have since become known as the Pink Paper unions.

Then, in the summer of 1995, Mike Harris' Progressive Conservative government was elected. This happened in part because the sharply divided labour movement was incapable of defending 'its' government. However Harris' election was more fundamentally the result of promises for a return to the 'good old days' of the 45 year reign of Conservatives in Ontario. Harris played up the popular fear and confusion over the economic recession and proposed a 'Common Sense' revolution of structural adjustments of the Ontario economy to get it back on track. The speed, aggressiveness and outright arrogance with which the government set about implementing these ultra-conservative neoliberal policies was startling and it sent the left into a temporary state of shock. Within months of its election Harris' government was praising the federal government for cuts to the federal transfer payments, in the areas of health, education and social welfare; it announced \$2 billion in its own cuts, leading to for example a 22 % cut to social assistance; dismantled labour law reform implemented by Rae (reintroducing, for example, the right to hire scabs during strikes), and so on. You undoubtedly know what this entailed from experiences of neoliberal restructuring in your own contexts.

Unions and social movements, often in coalition, went into action almost immediately – but on a local scale and largely in response to specific issues. It has to be understood that historically political action was almost entirely of an electoral nature in Ontario before the Days of Action. The last massive political strike had been in 1976, against wage control. So, to actually have a series of extra-parliamentary political protests meant having to start from scratch. By the Fall 1995 negotiations were underway for the Days of Action – and they did have a huge

impact. Just to give an idea of the numbers involved, and the frequency of the successive Days of Action: the city of London was shut-down on December 11<sup>th</sup> 1995 and, despite the freezing temperatures, 15,000 people marched. Then Hamilton followed, in February 1996, with the participation of 120,000 people. In April 1996, about 30,000 participated in a Day of Action that took place simultaneously in the three neighbouring cities of Cambridge, Kitchener and Waterloo. In June 1996, in a somewhat smaller city, Peterborough, some 10,000 participated, which was unprecedented given the size of the community. At this point there was a feeling that the Days of Action were escalating. In Toronto, in October 1996, the Day of Action mobilised what is said to have been the biggest demonstration in Ontario's history, with at least 250,000 people. In 1997 the Days of Action persisted, but the momentum was clearly lost. At an OFL meeting in 1998 a resolution was passed for a province-wide Day of Action, but it simply never happened.

To give a sense of what these Days of Action actually meant, I should point out that each day was organised, well in advance, by a coordinating committee which was co-chaired by a labour representative and a social movement representative. The adopted strategy was that the city protests would entail one day of workplace shutdowns, followed by one weekend day, which allowed the broader population to come out and participate in the massive demonstrations against Harris' government. The workplace strikes were impressive and often affected crucial public services. Because of the way the labour law works in Ontario – making any strike during the duration of a contract illegal – the shutdowns involved significant risks for the workers. So, not only were workers forced to make a personal decision as to whether they would strike illegally and risk retaliation as well as the loss of one days pay, but intense political debates were introduced into some of the workplaces as a collective decision was ideally required. Social movements were equally crucial, as

they appealed to their members and the wider communities to help cross-picket various workplaces. Toronto alone had at least 300 workplaces shutdown by these illegal political strikes, the most crucial one being the public transport system. The important role of the social movements cannot be neglected, and can perhaps best be illustrated by the fact that in many cases they were crucial in shutting down workplaces. The sense of solidarity, the diversity and strength of the picket lines was incredible.

Despite the euphoria and sense of power the Days of Action procured, many of its features were ultimately determined not by the strength of the labour movement but from its weaknesses. The most determining factor was the split within the labour movement over what political action was to consist of. It was this split that meant that for the Days of Action to take place a deal needed to be struck between the divided unions within the labour movement. When negotiations for the Days of Action began in the Fall of 1995 it became apparent that the Pink Paper unions were not wholeheartedly supportive of the strategy. So, in the context of the OFL yearly convention it was decided, behind closed doors, that mass mobilisations would be organised against the government, and that they *would* be non-partisan (which as you can imagine was highly controversial for the Pink Paper unions), but only on the condition that the OFL amended its 1993 resolution which withdrew its full support from the ONDP. It was furthermore understood that although the OFL would support the mass mobilisation, financially as well as organisationally, the same was not to be expected of the Pink Paper unions. This lack of commitment on their behalf was not to be politicised in any way. One could argue at this point that the CAW and public sector alliance, together with many of the social movements, *were* extremely committed to a new political role. They had undoubtedly hoped that the Days of Action, however limited they were from the start, might serve to politicise the members of the Pink Paper unions. They had probably hoped that the momentum

might manage to engage the Pink Paper rank and file members, and that this might be sufficient to lead to a confrontation with the leadership of the Pink Paper unions. But this did not work.

Because the public sector/CAW alliance basically had to organise the mass mobilisations on its own, it was not feasible to organise a province-wide mass mobilisation. Thus the city to city approach was chosen, which allowed a concentration of resources, financial and organisational, in a more effective manner. But this reduced the Days of Actions' overall effectiveness in terms of raising political consciousness. Although a dedicated group of labour and social movement activists and the more radical rank-and-file members would travel to the various cities during the various Days of Action, most people involved in the demonstrations and shutdowns were only involved for the one or two days. In terms of getting beyond electoral politics this simply had a limited effect. And the effect was drastically reduced even more when the OFL decided, after the first Day of Action, to not only cut its financial commitment to the campaign, but to have it evenly split between the protests on the one hand, and political education on the other. That the Pink Paper unions were behind this decision is not to be doubted – they had thus managed to decisively swing the focus back to 'political education' and it was clearly understood that this meant educating members in terms of the benefits of voting for the ONDP. The idea that a struggle against Harris' government was ultimately about the ballot box was effectively brought back onto the agenda.

The Pink Paper unions argued that they simply did not see the benefits of forcing their membership to risk losing a days pay due for an illegal picket line (in some cases the Pink Paper unions negotiated for their members a day off work, so that they could participate in the Days of Action nonetheless). The benefit of having their membership debate the political issues

around the Harris government within their very workplace was not accepted. They also feared that the broader public would simply see the shutdowns as an inconvenience and that public opinion would turn against them. Engaging with the public, through the involvement of community organisations, was not seen as an effective political strategy. They insisted that top-down action against the Harris government would be more effective if it was couched in support for the ONDP, through the OFL. That the ONDP had become a problematic party for the Left was not an issue. They remained pro-social democratic electoralists all along, and fumed increasingly over the veto brought out systematically against ONDP speakers during the Days of Action. Their frustration over the non-partisan content of the Days of Action became increasingly problematic. It impeded the CAW/public sector alliance, together with the social movements, from escalating the Days of Action, and it stopped them concomitantly from presenting any long term strategy or direction. The lack of unity in the labour movement, and the risk that an irreversible split was imminent, potentially crippling the labour movement even more than it already was (and playing into the hands of Harris' government), ended up reducing the Days of Action to a seemingly ad-hoc rudderless series of public protests. No clear demands could possibly be formulated in this context, nor was enough space created for the fusing of a series of important parallel events into a real movement and an effective extra-parliamentary force against the neoliberal government. The strike by 67,000 Ontario government workers in February 1996, during the height of the Days of Action, was not built upon. So, in December 1996, after the Toronto Days of Action, the Pink Paper unions marched out of an OFL executive meeting again and held a press conference stating their opposition to further Days of Action. Thus, it is clear that the initial compromises due to the lack of unity on the issue of political strategy was what limited the outcome of the Days of Action – as stated, Harris' government was not forced out of office, in fact he went on to

win a second term and this fact alone has served to plunge significant parts of the Left into a state of apathy. It simply seemed as if the mobilisation, hope and energies dispensed, served no purpose.

To understand this split, one must take into account the historical differences in union culture. The radically different union cultures create an impossible divide between for example the CAW and the United Steelworkers of America (USWA). Historically their relationship to political parties is radically different, as are their needs in terms of expanding their membership base. The Steelworkers, known for being 'everybody's union', expand through new organising, and therefore depend on flexible labour legislation, which in the past social democratic governments have indeed provided. The CAW however has historically expanded through mergers, which requires an active focus on ones political and organisational union culture. Yet, blame cannot solely be placed on the inflexible and top-down Pink Paper leadership. This will lead to the superficial analysis that the Pink Paper leaders held back their members. To be fair, a crucial aspect that the Days of Action highlight is that with varying degrees each and every union, private or public, needs to deal with certain organisational limits. Each and every union has to critically examine the relationship they have institutionally established between the leaders and their members. For example, during the Days of Action the labour movement did not in any significant way break with the traditional practice of 'organising' its members. Members are expected to be passive, and so it is not far-fetched to state that the Days of Action were essentially 'run' by 'professional' activists, who in many cases were union staff. A new political and organisational culture needs to be fostered – in other words the labour movement needs to find more substantive ways to get beyond what is commonly called bureaucratic unionism.

Related to this a third fundamental point needs to be addressed: the political capacities of union



members, and the population as a whole. It is clear that not only the USWA members were having trouble coming to terms with the contradictions of their political consciousness. This is equally the case with the CAW membership. It is no secret that to some degree Harris' government received some of its most important popular support from CAW autoworkers – and that it was largely in response to the promise of lower taxes. Besides these blatant contradictions, one cannot ignore the fact that Harris won the election with the consent of only 30 % of the eligible voting population. Politics is a non-issue, and this is without doubt due to an increasing sense that electoral politics makes no difference to the lives of the working class. Now how is the labour movement to deal with these issues?

The Days of Action definitely had some positive spin-offs – in terms of radicalising otherwise non-politicised and generally unmobilised parts of the working class. The teachers in Ontario were far from militant before the Days of Action, but there is no doubt that they massively participated in the Days and that this gave them the strength to stage the biggest illegal political strike by teachers ever seen in North America, in September 1997. Some of the public sector unions, already politicised by the Social Contract, have become much more militant unions. The Days of Action also led to extensive cooperation between unions and social movements, consolidating their relationship incredibly. In this sense change does come through struggle and the struggles must be maintained. They are not to be abandoned, and still serve as veritable schools for political education. However, in the context of a crisis of social democracy, when electoral politics is not a solution and the working class has no political party that will work towards building the labour movement into a political force, some parts of the labour movement have decided to *also* take some time to reflect

on where its membership is at, politically, and where it could go. The CAW is proposing an intensive two year long survey, a political task force, that will engage in a way it has never done before with its members. It is hoped that this will provide insights into how to build political capacities amongst its membership, in no small part by simply making political debate a central element of its relationship with its members. The CAW is trying to constructively deal with the crisis of electoral politics, initially amongst its own membership. What it raised is how to re-define working class politics as being about building a movement for social change. This is seen as a long-term process, whereby it is hoped that discussions of social change and working class politics will gain in focus and clarity, allowing for a sense of direction and concrete ideas to keep their union in motion.<sup>2</sup> Unfortunately the largest part of the labour movement has seemingly decided to ignore the crisis. In general it seems as if the lack of answers to the crisis of social democracy is enough to avoid addressing it altogether. How this will be addressed, so that the labour movement can effectively start building a movement for radical change is a real challenge.

---

## References

---

I am extremely indebted to all those that set aside some time from their busy schedules to allow me to interview, indeed grill them, on their views of the Days of Action. My research would not have been possible without their help, although I am solely responsible for the views expressed here. In particular I would like to thank Greg Albo, Janet Conway, Paul Forder, Sam Gindin, Margaret Hancock, Stefan Kipfer, Leo Panitch, David Rapoport, Stephanie Ross, Herman Rosenfeld, Jim Turk, Don Wells, and Gord Wilson.

---

2) See CAW Taskforce paper on 'Working Class Politics in the 21st Century'.

## Bibliography

- Camfield, D. 'Resistance in Harris' Ontario: A Preliminary Assessment', 1998, unpublished paper.
- Canadian Auto Workers, 'Working Class Politics in the 21st Century', 1999.
- Canadian Dimension editorial, 'Organize, Educate, Resist, Strike!', in *Canadian Dimension*, January-February 1997, p. 3.
- Clarke, J. 'Fighting to Win', in *Mike Harris' Ontario. Open for Business, Closed to People*, D. Ralph, A. Régimbald, N. St-Amand (eds.), Halifax, NS: Fernwood, 1997, pp. 157-164.
- Endicott, L. 'Walking on Sunshine: Days of Action Diary', in *Our Times*, vol. 15, no. 5, November-December 1996, pp. 24-29.
- Flexer, J. 'The Ontario Fightback Movement in Crisis. Days of Action or D.O.A.?', in *Canadian Dimension*, September-October 1997, pp. 7-11.
- Gindin, S. 'Toronto: Days of Action, Days of Hope', in *Canadian Dimension*, January-February 1997, p. 11.
- Ibid., 'Notes on Labor at the End of the Century: Starting Over?', in *Rising from the Ashes? Labor in the Age of "Global Capitalism"*, E. Meiksins Wood, P. Meiksins, M. Yates (eds.), New York: Monthly Review Press, 1998, pp. 190-202.
- Hancock, M. 'United and Fighting Back', in *Metro Toronto Labour Council Yearbook*, 1997, pp. 5-6.
- Kipfer, S. 'Urban Politics in the 1990s: Notes on Toronto' in *Possible Urban Worlds*, International Network for Urban Research and Action (ed.), Basel: Birkhäuser, pp. 172-179.
- Mittelstaedt, M., Rusk, J. 'Plans for fledging social movement getting bigger', in *The Globe and Mail*, October 26 1996, p. A6.
- McNally, D. 'Could a General Strike Defeat Harris?', in *New Socialist*, September 1996, pp. 8-9.
- Moody, K. *Workers in a Lean World. Unions in the International Economy*, New York: Verso, 1997.
- Munroe, M. 'Ontario's "Days of Action" and strategic choices for the Left in Canada', in *Studies in Political Economy*, 53, Summer 1997, pp. 125-140.
- Palmer, B. 'Showdown in Ontario: Build the General Strike!', in *Canadian Dimension*, May-June 1996, pp. 21-25.
- Panitch, L., Swartz, D. *The Assault on Trade Union Freedoms. From Wage Controls to Social Contract*, Toronto: Garamond Press, 1993.
- Roberts, W. 'Word wounds. Labour's fury at the NDP is limited to resolutions, not resolve', in *Now*, December 2-8 1993, pp. 14-15.
- Samuelson, W. 'Action', in *Metro Toronto Labour Council Yearbook*, 1998, pp 17-18.
- Turk, J. 'Days of Action: Challenging the Harris Corporate Agenda', in *Mike Harris' Ontario. Open for Business, Closed to People*, D. Ralph, A. Régimbald, N. St-Amand (eds.), Halifax, NS: Fernwood, 1997, pp. 165-176.
- Watson, S. 'Ontario Workers Take On the "Common Sense Revolution"', in *Mike Harris' Ontario. Open for Business, Closed to People*, D. Ralph, A. Régimbald, N. St-Amand (eds.), Halifax, NS: Fernwood, 1997, pp. 134-142.
- Wheeler, G. 'Dumping on a Victory', in *Now*, November 14-20 1996, pp. 22-23.
- Wilson, G. 'Labour Review', in *Metro Toronto Labour Council Yearbook*, 1997, p. 66.
- Ziedenburg, J. 'A Great Day in Hamilton: a personal notebook', in *Canadian Dimension*, May-June 1996, pp. 17-19.
- Ibid., 'Labour's Dirty Secret', in *This Magazine*, November-December 1996, pp. 17-21.
- Ibid., 'The Hogtown Shutdown', in *Canadian Dimension*, January-February 1997, pp. 8-11.

## Bisher in der Reihe Ränkeschmiede erschienene Broschüren:

---

No. 1	Kim Moody: » <b>Rank-And-File Internationalism</b> « The TIE-Experience	2 Euro
No. 2	Jens Huhn: » <b>Zurück in die Zukunft</b> « Anmerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Praxis der betrieblichen Linken	5 Euro
No. 3	Heiner Köhnen: » <b>Für eine neue Gewerkschaftspolitik</b> « Strategien der Canadian Auto Workers (CAW)	5 Euro
No. 4	» <b>Erklärung der Canadian Auto Workers (CAW) zur Schlanken Produktion</b> «	2 Euro
No. 5	Heiner Köhnen: » <b>Neue UnternehmensUNkultur</b> « Das Modellwerk GM-Saturn	5 Euro
No. 6	Heiner Köhnen: » <b>Gewerkschaftliche Reform- bewegungen in den USA</b> « New Directions innerhalb der United Auto Workers (UAW)	5 Euro
No. 7	» <b>Krise des Kapitals – Krise der Gewerkschaft?</b> « Elemente, Ansatzpunkte und Strategien für eine Anti-Konzessionspolitik auf betrieblicher, tariflicher und gesetzlicher Ebene – Vorschläge aus der HBV	5 Euro
No. 8	Sam Gindin: » <b>Ein neuer Beginn? Bemerkungen zur ArbeiterInnenbewegung am Ende des Jahrhunderts</b> «	5 Euro
No. 9	» <b>Grenzüberschreitungen</b> «. Das Ende der Normalarbeit, prekäre Beschäftigung und Perspektiven gewerkschaftlicher Politik	5 Euro
No. 10	AFP e.V. / Tie e.V. / express-Redaktion: » <b>Last Exit ver.di?</b> « Sonderband	5 Euro
No. 11	Marsha Niemeijer: » <b>Die Ontario Days of Action</b> «. Mythos oder Grundstein einer neuen politischen Strategie für die ArbeiterInnenbewegung?	2 Euro
No. 12	Heiner Köhnen & Anne Scheidhauer: » <b>Organising the Battlefield</b> « Arbeiterinnen in den Freihandelszonen Sri Lankas	5 Euro
No. 13	Sam Gindin & Leo Panitch: » <b>Schätze und Schund</b> «. Eine Rezension zu <i>Empire</i> von Michael Hardt und Antonio Negri	5 Euro
No. 14	McDonalds, Fnac, Virgin, EuroDisney, Arcade: » <b>Das Solidaritätskollektiv: eine Erfahrung der etwas anderen Art</b> «. Arbeitskämpfe und Organisationsversuche in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben und Sektoren	5 Euro
No. 15	Willi Hajek: » <b>Eisenbahnen in Europa: Wohin rollt der Zug?</b> « Für einen Öffentlichen Dienst anstelle von Privatisierung!	5 Euro
No. 16	Wolfgang Schaumberg: » <b>Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision...</b> « Oder: Zur Aufgabe von postkapitalistisch orientierten Linken am Beispiel des Kampfes in Auto-Multis	5 Euro

---

### Bestelladressen:

tie – Internationales Bildungswerk e.V.  
Heidestraße 131, 60385 Frankfurt  
Telefon (069) 97 76 06 66  
Fax (069) 97 76 06 69  
E-Mail info@tie-germany.org

AFP – express-Redaktion  
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt  
Telefon (069) 67 99 84  
E-Mail express-afp@online.de

(alle Preise zzgl. Porto und Versand)